

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

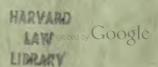
Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.

3 2044 075 440 412

GERHARD

EHESCHEIDUNGSGRUNDE DES BURGERLICHEN GESETZBUCHS

1899









L. R. E. Bour

Beröffentlichungen

Berliner Anwalt-Pereins.

🚣 Heft 12. 🚣

Die Chescheidungsgründe

Bürgerlichen Gesetzbuchs

und ihre rüdwirkende Kraft.

Ein Vortrag, gehalten im Berliner Unwalt. Derein

pon

Stephan Gerhard,

Rechtsanwalt am Landgericht I Berlin.



Berlin 1899. Siemenroth & Troschel. W. Lügowftraße 106.

Veröffentlichungen des Berliner Anwalt-Vereins.

Es erschienen bis jest:

- Heft 1. **Zur Reform des Bant-Depot-Wefens.** Zwei Borträge, gehalten im Berliner Anwalt-Berein von Rechtsanwalt **Dr. Jul. Goldstein** und Justizrat **Lesse.** 1892. 44 S. Mt. —,80.
- Heft 2. **Berhandlungen** des Berliner Anwalt-Bereins über das **Bant- Depot-Wesen** in der Sitzung vom 18. Februar 1892. Stenogr. Bericht
 1892. 40 S. Mt. 60,—.
- Heft 3. Die geplante Beschräntung der freien Advokatur. (Erlaß des Preußischen Justizministers vom 19. März 1894.) Zwei Borträge, gehalten in der Bersammlung des Berliner Anwalt-Berein vom 24. Mai 1894 von Geh. Justizrat Dr. v. Wilmowski und Rechtsauwalt Lud. Wreschner. 1894. 37 S. Mr. —,80.
- Heft 4. **Gefet zum Schutz der Waaren-Bezeichnungen und un-**Lauterer Wettbewerb. Bortrag, gehalten in der Juristischen Gesellschaft von Berlin und im Berliner Anwalt-Verein von Rechtsanwalt Dr. Edwin Rat. 1894. 31 S. Wt. —,80.
- Heft 5. **Der Entwurf des Stempelsteuer-Gesethes.** Bortrag, gehalten im Berliner Anwalt-Berein den 21. März 1895 von Rechtsanwalt D. Stettiner. 1895. 47 S. Mt. 1,—.
- Heft 6. Das Sypothetenrecht des Bürgerlichen Gefethuchs. Gin Bortrag, gehalten im Berliner Unwalt-Berein von Dr. jur. herm. Oberned, Rechtsanwalt. 1897. 46 S. Mt. 1,--.
- heft 7. Der Entwurf eines Gefetes über die Angelegenheit der freiwilligen Gerichtsbarteit. Ein Bortrag, gehalten im Berliner Anwalt-Berein, von Julius Rausnit, Rechtsanwalt. 1898. 59 S. Mt. 1, —.
- Heft 8. Rritit der Entwurfe des Reichsgefetes betr. die Sicherung der Bauforderungen und bes Preußischen Ausführungsgesetzes nebst einem Anhange betreffend die Stellung der Baugläubiger nach dem fünftigen Bürgerlichen Gesetzbuche. Bon L. Cohn, Rechtsanwalt. 1898. 31 S.
- Heft 9. Die Saftung des Erben für die Nachlagverbindlichteiten nach dem Bürgerlichen Gefethuche. Bon Richard Bille, Geh. Justigrat, Rechtsanwalt. 1898. 26 S. Mt. -,60.
- Heft 10. Französisches Recht über Prefbeleidigungen im Anschluß an den Prozeß Zola. Ein Bortrag, gehalten im Berliner Anwalt= Berein von Dr. Josef Stranz, Rechtsanwalt. 1898. 47 S. Mf. 1,—.
- Heft 11. **Zur Reform der Armenrechtspflege.** Ein Bortrag, gehalten im Berliner Anwalt-Berein von **Dr. Julian Goldschmidt**, Justizrat. 1899. 46 S. Mt. 1,—.



1'11 60

Die Chescheidungsgründe

bes

Bürgerlichen Gesetzbuchs

und ihre rückwirkende Kraft.

Ein Vortrag,

gehalten im Berliner Unwalt-Derein

von

Stephan Gerhard, Regisanwalt am Landgericht I Berlin.



Berlin 1899. Siemenroth & Croschel. W. Lügowstraße 106.

GERMANY 9/3.3

۴

Digitized by Google

+

Rec. Oct. 2,1905.

Auf bem Gebiet bes Shescheibungsrechts haben bie Verfasser bes ersten Entwurfs einen Mittelweg eingeschlagen zwischen ben beiben Sytremen, von benen bie einen in ber She ein Sakrament, bie andern einen Vertrag erblickten.

Das Geset, wie es zustande gekommen, befolgt im wesentlichen diese vom ersten Entwurf eingeschlagene Richtung, die für einzelne Teile Deutschlands eine Erleichterung, für andere eine Erschwerung der Chescheidung bedeutet.

Die Veränderungen gegen das Preußische Allgemeine Landrecht zeigen sich äußerlich insofern, als das B.G.B. die Scheidung in fünf Paragraphen behandelt, während das A.L.A. deren fünfzig hat und ferner darin, daß das B.G.B. sieden Scheidungsgründe kennt, während das A.L.A. deren zwischen zwanzig und dreißig hat, je nach dem man zählen will. Inhaltlich gehen die Abweichungen dahin, daß das B.G.B. im großen und ganzen auf dem Verschuldungsprinzip steht, das A.L.A. dagegen in einer Reihe von Fällen die Scheidung auch ohne Verschulden zuläßt. Das A.L.A. giebt überdies nur absolute Scheidungsgründe, das B.G.B. stellt einen Unterschied auf zwischen absoluten und relativen Gründen.

Diese Veränderungen durch das B.S.B., die nicht minder ersheblich für andere Teile Deutschlands sind, bringen einen erheblichen Singriff in den bisherigen Zustand mit sich. Dieser Singriff wird badurch größer, daß auf dem Gebiet der Shescheidung das B.G.B. sich rückwirkende Kraft beilegt. Die Normen des B.G.B. sinden bei der Shescheidung vom 1. Januar 1900 ab nach Art. 201 Sinsführungsgeset Anwendung auf alle vorher stattgehabten Vorfälle, aus denen ein Scheidungsgrund hergeleitet wird. Und nicht bloß

Digitized by Google

wenn auf Grund eines Umstandes, der sich vor dem 1. Januar 1900 abgespielt hat, eine Klage nach dem 1. Januar 1900 eingereicht wird, hat man sich nach den Bestimmungen des B.G.B. zu richten; auch alle, beim Inkrafttreten des B.G.B. schwebenden Prozesse unterliegen vom 1. Januar 1900 an, den Normen des B.G.B. (vergl. Mot. zu Art. 201 Sinf. Ges.)

Diese Rechtslage schafft Schwierigkeiten, von welchen in erster Linie die Praktiker, insbesondere die Anwälte betroffen werden, Schwierigkeiten, die sich darin zeigen, daß hiernach geraume Zeit vor dem Inkrafttreten des B.G.B. bereits mit den Vorschriften des B.G.B. gerechnet werden muß.

3ch komme hierauf im zweiten Teil biefer Grörterung zurud.

II.

Auf bem Gebiet ber Shescheidung haben wir in Zukunft nicht bloß bie Bestimmungen bes Bürgerlichen Gesethuches, sondern auch ausländisches Geset anzuwenden.

Heute erfolgt die Shescheidung nach dem Recht, das am Domizil des Shemanns zur Zeit der Klageerhebung gilt. Art. 17. Absat 1 des Sinführungsgesetz zum B.G.B. verläßt diesen Grundsat. Für die Scheidung kommen in Zukunft in Betracht, die Gessetz des Staates, dem der Shemann zur Zeit der Klageerhebung angehört, vorausgesetzt, daß die nach ihnen zulässige Scheidung auch nach deutschem Recht statthaft ist.

Auf Scheidung ist beshalb bei einem Ausländer nur zu erstennen, wenn beibe Gesetze, ausländisches und inländisches, die Scheidung gestatten. (Artikel 17. Absatz 1 und 4.)

Gemäß Art. 27 Sinführungsgeset sind jedoch wiederum die beutschen Gesetze entscheidend, falls die Borschriften des ausländischen Rechts beren Anwendung vorschreiben, z. B. wenn sie das Recht des Domizils maßgebend sein lassen.

Minbestens bei benjenigen Personen, beren Geburtsort ausweislich ber Heiratsurfunde, außerhalb bes Deutschen Reichs liegt, wird bas Gericht, zusolge ber im Chescheidungsprozes obwaltenden Offizialthätigkeit, ben Nachweis ber inländischen Staatsangehörigkeit verlangen, um auf Grund ber beutschen Gesetze zu scheiben, und ber Anwalt wird, wie man sich jetzt etwa bezüglich ber Volljährigkeit vergewissert, in Zukunft bei ber Übernahme bes Shescheidungsmandats über die Nationalität Informationen einzuziehen haben.

Ш.

Das B.G.B. kennt nur die Trennung burch Urteil, die Scheibungsbefugnis des Landesherrn ist nicht aufgenommen.

Die Scheidung ist in zweifacher Weise möglich. Neben die uns Preußisch richterlichen Juristen bekannte Scheidung, vom Bande im B.G.B. schlechthin Scheidung genannt, tritt noch die Aushebung der ehelichen Gemeinschaft, anlehnend z. T. an die frühere, durch das Personenstandsgesetz ausgehobene Trennung von Tisch und Bett.

Der Kläger hat zwischen beiben bie Wahl; trägt er bloß auf Aufhebung ber Gemeinschaft an, so tann ber beklagte Teil bie Scheibung verlangen, auch wenn er ber schulbige Teil ift.

Die Aufhebung ber ehelichen Gemeinschaft kann nur aus bensselben Gründen gefordert werden, aus denen auf Scheidung zu klagen ist, in den Voraussetzungen besteht also eine Verschiedenheit nicht. Die sonstigen Sinzelheiten dieser Aushedung kann ich aus Mangel an Raum hier ebensowenig berühren, wie die auch von dem bisherigen Recht abweichenden Vorschriften über die Scheidungsstrafen. Ich beschränke mich auf die Scheidungsgründe selbst.

IV.

Abgesehen von ber Geisteskrankheit, sieht, wie ich erwähnte, bas B.G.B. auf bem Standpunkt, daß die She nur wegen Bersschulb ens geschieben werden kann. Damit entfallen alle nicht auf diesem Grundsat basierenden Scheidungsgründe mit dem 1. Januar 1900, so die Scheidung auf Grund gegenseitiger Sinwilligung, die Scheidung wegen einseitiger Abneigung, diejenige wegen unverschuldeten Unvermögens der ehelichen Pflicht, wegen unverschuldeter, ekel erregender Krankheit u. dergl. Andererseits sind mit diesem

Prinzip fortgeblieben ältere, burch bas Personenstandsgeset in ihren letten Ausläufern beseitigte Spescheibungsgründe, wie der Berschiebensheit des Standes, der Religion. Neben dieser Zugrundelegung des Berschuldungsprinzip ist von größter Bedeutung, die Sinteilung der Scheidungsgründe in zwei Arten, absolute und relative.

Diese Unterscheidung enthält eine wesentliche Neuerung gegen bie meisten bisherigen Rechtsnormen. Bei ber Wichtigkeit ber Spesscheidung für alle Beteiligten sind die Gesetze bisher bestrebt gewesen möglichst bindende Borschriften zu geben und in absoluter, objektiver Beise festzustellen, in welchen Fällen ein Grund zur Scheidung der She vorliege.

vereinzelte Anklänge an die subjektiven Verhältnisse finden sich hier und ba; ich erinnere an die vielbesprochene Norm bes A.Q.R. über bie Beleibigung bei Leuten geringeren Stanbes. Lebiglich ein einziges beutsches Gefet weicht von bem Prinzip ber befinitiven Gestaltung burch bas Gesetz selbst ab, indem es eine Generalklaufel einführt, wonach ber Richter in ben absoluten Gründen entsprechenden Fällen bie Scheibung aussprechen tann. Es ift die Altenburgische Chescheidungsordnung von 1839. Ihr ift es vorbehalten gewesen, Borbild für bas B.G.B. ju sein mit bem Unterschiebe allerdings, daß das Altenburgische Gefet boch eine erhebliche größere Anzahl abfoluter Gründe enthielt und fomit die Gefahr, die sich aus der Existenz einer unbestimmten Chescheidungsvorschrift ergiebt, wesentlich geringer war. Der relative Chescheidungegrund bes B.G.B. ift im § 1568 behandelt, Die absoluten finden sich in ben §§ 1565 bis 1567 und 1569. Rahl ift klein. Das B.G.B. kennt an absoluten Chescheibungs: grunden nur Chebruch und zwei gleichgestellte Chebelitte, ferner bie Nachstellung nach bem Leben, die bosliche Verlaffung, endlich die Geiftestrantbeit.

V.

Nach § 1565 kann ein Shegatte auf Scheibung klagen, wenn ber andere Shegatte sich bes Shebruchs ober einer nach ben §§ 171, 175 B.G.B. strafbaren Handlung schulbig gemacht hat.

Sine Definition bes Chebruchs enthält bas Gefet nicht. Motive verweisen teils auf bie ftrafrechtliche Pragis, teils sprechen fie selbst aus, daß unter Chebruch im Sinne bes B.G.B. nur ber vollenbete Chebruch, b. h. bie minbeftens begonnene Beifchlafs= vollziehung zu verfteben ift. Die vielfach erörterten Kontroverfen, ob gefchlechtliche Bertraulichkeiten, bie nicht bis jur Beifchlafsvollziehung gebieben, als Chebruch zu betrachten, konnen für ben Scheibungsgrund bes Chebruchs ebenfo fortfallen, wie auf ber andern Seite die Streitfrage, ob die emissio seminis erforberlich Bu beachten ift hierbei, daß biese Interpretation nur von Erheblichkeit ift für ben Begriff bes Chebruchs, b. h. bes im § 1565 vorgesehenen abfoluten Scheidungsgrundes, keineswegs ift bamit gefagt, bag intime Beziehungen anberer Art nicht auch bie Scheibung rechtfertigen können. Rur fallen berartige Momente nicht unter ben Begriff bes Chebruchs, fie find nur als relativer Scheibungsgrund nach § 1568 zu berücksichtigen. Dorthin find auch bie fich an ben Chebruch anschließenben Vorschriften bes A.L.A. über bringenben Berbacht ber verletten ehelichen Treue u. f. w. zu verweisen. Festzuhalten ift eben, absoluter Scheidungsgrund ift nach B.G.B. nur ber sogenannte vollenbete Chebruch.

Gleichgestellt sind bem Shebruch ber Verstoß gegen bie §§ 171, 175 Str.G.B. Daß es eine glüdliche Ibee war, in einem B.G.B. Scheidungsgründe durch Bezugnahme auf das Strafgesetzebuch zu bezeichnen, wird man gerade nicht behaupten; noch weniger gerechtfertigt erscheint es, daß man gerade die beiden §§ 171, 175 Str.G.B., andere unsittliche Delikte aber nicht als absolute Scheidungszgründe gelten läßt.

Indes nach dem Geset, wie es uns vorliegt, haben wir es nur mit diesen beiden Paragraphen zu thun, von denen 171 die Bigamie, 175 den Verkehr zwischen Personen männlichen Geschlechts und mit Tieren behandelt. Gemäß den Motiven werden auch nur diesenigen Fälle als absolute Scheidungsgründe zu gelten haben, welche den Thatbestand des § 75 erfüllen, so wie die strafrechtliche Praxis ihn auslegt. Alle Vorfälle, die nicht so weit gehen und alle sonstigen Sittlichkeitsbelikte fallen ähnlich, wie ich dies eben

beim Shebruch ausführte, aus bem Rahmen bes absoluten Scheibungsgrundes heraus und find nur als relative Scheibungsgründe unter ben für diese bestimmenden Voraussetzungen des § 1568 geltend zu machen.

Für Shebruch und für die ihm gleichstehenden Zuwiderhandslungen kommt das Verschuldungsprinzig des B.G.B. in Betracht und deshalb kann die Scheidung nicht beantragt werden, wenn der Thatbestand ohne Verschulden eingetreten ist, etwa der Shebruch in einem Zustande begangen worden ist, der die freie Willenbestimmung ausschloß.

Aus dem Verschuldungsprinzip folgt schon an sich, daß die absoluten Scheidungsgründe des § 1565 nicht wirksam sein können, wenn der andere Spegatte der Versehlung zugestimmt oder an ihr teilgen om men hat. Bei der eigentümlichen Natur dieser Scheidungsgründe, bei der Möglickeit, daß die Rechtsprechung gerade deshalb eine Zustimmung oder Teilnahme für bedeutungslos erklären könnte, hat man eine ausdrückliche Vorschrift für zweckmäßig erachtet. Es unterliegt danach keinem Zweisel, daß wie bei uns, der Mann keine Scheidung beanspruchen kann, wenn seine Frau etwa mit seinem Willen sich der Prositution ergeben hat.

Nicht übernommen ist bagegen bas Prinzip ber Rompensfation. Sowohl bas katholische, als bas protestantische Kirchenzecht, also ein großer Teil ber in Deutschland geltenden Gesetze, z. B. das sächsische Gesetzbuch enthalten die Bestimmung, daß bei beiderseitigem Shebruch die Scheidung unstatthaft ist. Dieses Prinzip der Rompensation sindet sich in der Judikatur, namentlich des protestantischen Kirchenrechts, auch bei andern Scheidungsgründen anzewendet. Im preußischen Recht tressen wir eine sich an den Grundsat der Rompensation anschließende Bestimmung, insosern als der Shemann bei uns die Möglichkeit hat, wenn die Shefrau ihn wegen Shebruchs verklagt, die Klage zur Abweisung zu bringen, sosern die Shefrau die She selbst gebrochen hat.

Im hinblid auf ben erheblichen Eingriff, ber beim Borhans bensein eines Scheidungsgrundes für die She vorliegt, hat man die Aufnahme dieses Prinzips, das die She gewaltsam, trot beiders seitiger Berfehlungen zusammenhält, nicht für richtig erachtet, wenigstens nicht für bie absoluten Scheibungsgrünbe.

VI.

Nach bem folgenben § 1566, fann ein Chegatte auf Scheibung flagen, wenn ber andere Chegatte ihm nach bem Leben trachtet. Nicht aufgenommen find unter biefe Bestimmung bie bas Leben und bie Gefundheit gefährbenden Thatlichkeiten, die nach Landrecht gleichgestellt waren. Auch biefe Sandlungen unterstehen in Zutunft bem Nur bei einer absichtlichen Handlung relativen Scheibungsgrund. tann ber Thatbestand ber Lebensnachstellung felbst im Sinne bes Alle die Fragen, die das Strafrecht B.G.B. angenommen werben. bezüglich ber Annahme ber Absicht enthält, sie tauchen hier für bie Feststellung bes Sachverhalts auf. Die Motive verweifen birett auf ftrafrechtliche Grunbfage. Auf ber einen Seite entfällt hiernach ber Scheibungsgrund, wenn etwa bie Chefrau aus Jrrtum Arfenik ftatt Buder in ben für ben Chemann bestimmten Raffee gethan bat, wenn ihr also jebe Absicht gefehlt hat; auf der andern Seite stehen wir aber auch hier vor ben altbefannten ftrafrechtlichen Thefen, ob ber dolus eventualis in Betracht kommt, ob ber Bersuch mit bem untauglichen Mittel genügt, um bas Vorliegen bes Scheibungs= grundes anzunehmen. Ich glaube, man wird bei dem Ausbruck bes Gefetes, "nach bem Leben trachten", fich für eine Annahme biefer Auffaffung entscheiben muffen. Gegen bie Frau, bie entgegen: gefest unferm vorherigen Beifpiel Arfenik nehmen wollte, thatfächlich aber Zuder in die Taffe gethan hat, wird mit Erfolg aus § 1566 getlagt werben tonnen.

VII.

Im folgenden § 1567 behandelt das B.G.B. die bösliche Verlaffung. Nur unter ziemlichem Widerspruch ift es gelungen, biefen Scheidungsgrund dem Geset einzuverleiben. Das im B.G.B. hervortretende Bestreben, die Shescheidung zu erschweren, war schon Ursache, bei der böslichen Verlassung positive einengende Bestimmungen

zu treffen. Außerdem hat aber die in allen Stadien des Gesetzwerkes ausgesprochene Befürchtung, es könne die bösliche Verlassung als ein Mittel angewendet werden, durch welches Shegatten, die einig wären, sich scheiden zu lassen, die Scheidung erreichen könnten, dazu geführt, den Scheidungsgrund der böslichen Verlassung mit Kautelen zu umgeben, die seine praktische Anwendung nicht sehr sörbern werden. — Das B.G.B. enthält keine Desinition der böslichen Verlassung, es sett dieselbe als bekannt voraus. Gemäß der herrschenden Auffassung und dem Verschuldungsprinzip entsprechend werden wir darunter zu verstehen haben die einseitig absichtlich, gegen den Willen des andern Teiles bewirkte Aushebung der häuselichen Gemeinschaft.

Liegt eine berartige Aufhebung vor, so treten weitere Erforber= niffe bingu, die verschieben find, je nachbem ber Aufenthalt bes beklagten Chegatten betannt ift ober bie öffentliche Bu= ftellung erforberlich wirb, b. h. ber Aufenthalt nicht be= tannt ober bie Buftellung nicht burchführbar ift (§ 186 C.P.D. alte Faffung, § 203 neue Faffung). Gerade die bei bem bekannten Aufenthalt vorgeschriebenen Voraussepungen zeigen recht beutlich die Erschwerung gegen das bestehende preußische Recht. Berlaffen ift unfer einfaches richterliches Refolut, verlaffen bie turze zweiwöchige Frift. Gin langwieriges Berfahren ift an beren Stelle Der unschuldige Chegatte muß zunächst eine Rlage an= ftellen, bie Rlage auf Berftellung ber hauslichen Gemeinschaft; wenn bieses Urteil rechtsfräftig geworben, muß eine Wartezeit von einem Sahr verftreichen; in biefem Sahr muß ber schuldige Chegatte in boslicher Absicht und gegen ben Willen bes anbern Shegatten ber Gemeinschaft fern bleiben und erft wenn bas Sahr in biefer Beife vergangen ift, tann die Scheidung wegen boslicher Berlaffung ein= geleitet werben. Wenn ich fage, baß ein Sahr von Rechtstraft bes Urteils, bis gur Ginleitung ber Scheibungsflage verftrichen fein muß, so ift bies ein Ausbrud, ber in biefer Bestimmtheit im Gefes nicht fteht. Im Gefet heißt es: "Gin Spegatte tann . . . flagen . . . wenn ein Chegatte, nachbem er jur Berftellung ber bauslichen Gemeinschaft rechtsträftig verurteilt worben ift, ein Sahr lang gegen

ben Willen bes andern Spegatten in boslicher Absicht bem Urteil nicht Folge geleiftet bat." -- Ausbrudlich ift nicht gefagt, ob ichon gur Beit ber Rlageanstellung, ober gur Beit bes Antrags auf Suhnetermin bas Wartejahr verstrichen fein muß, ob alfo, wenn biefe Frift nicht gewahrt, bas Gericht bie Rlage wegen Fehlens einer Voraussetzung abweisen muß. Da ein Jahr von Rechtstraft ab vergeben muß, in bem ber flagenbe Chegatte feine Bereitwillig= feit gur Berftellung ber häuslichen Gemeinschaft aufrecht gu erhalten hat, und ba ferner schon ber Antrag auf Anberaumung eines Subnetermins fich in Wiberfpruch mit biefer Bereitwilligfeit fest, fo ift bas Gefet bahin auszulegen, baß ein volles Jahr von Rechts= fraft bes Urteils auf Berftellung ber hauslichen Gemeinschaft ju verftreichen hat, ebe ein Antrag auf Suhnetermin ftatthaft ift. Das Amtsgericht wird beshalb ben Antrag auf Guhnetermin abweisen konnen, wenn biese Boraussetzung nicht nachgewiesen ift, und bas Brozefigericht wird, wenn biefe Frift nicht eingehalten, schon beshalb gur Abweifung gelangen.

Die Rlage auf Berftellung ber häuslichen Bemeinschaft unterliegt ben Borschriften ber C.B.D. über bas Berfahren in Chefachen. Es muß ihr beshalb, wie ber Scheibungsflage vorangeben, ber Sühneversuch. Die im übrigen gegen jett in Chefachen eingeschränkte Befugnis jur Aussehung von Amtswegen Verfäumnisverfahren ift besteht gerade für biefe Rlage weiter. ebensowenig zuläffig, wie in eigentlichen Chefachen, basselbe gilt vom Zugeftändnis. Materiell wird man als Rläger zu behaupten und zu beweisen haben, daß ber beklagte Teil in boslicher Absicht bie häusliche Gemeinschaft aufgegeben hat. Es wird ausreichen, wie jett, die Darlegung ber äußeren Umftande, um die Abfichtlich= teit bes bezüglichen Sanbelns nachzuweifen. — Für ben Stanbpunkt ber Beklagten find bie §§ 1353, 1354 aus bem allgemeinen Abichnitt über Cherecht heranzuziehen, nach benen bie eheliche Bemeinschaft verweigert werben tann, wenn ein Migbrauch vorliegt. Der Chemann, ber wegen boslicher Berlaffung flagt, wird 3. B. bie jur Aufnahme ber Chefrau geeignete Wohnung mabrend bes gangen Prozeffes bereit halten muffen. Bas für eine Rulle von

Einwendungen bieten sich bem Findigen und wie lange tann die Rlage hingezogen werben!

Benn bas Urteil auf Berstellung bes ehelichen Lebens rechtsfraftig ift, beginnt bas obenermabnte Wartejahr. Es genügt, wie gesagt, nicht ber Ablauf eines Wartejahres schlechthin, es muß auch in bem Sahr ber beklagte Teil die Weigerung in boslicher Absicht fortgesett haben und zwar gegen ben Willen bes Rlägers. Daß bas Jahr in biefer Art verftrichen, ift in bem fpateren Scheibungsprozeß nachzuweisen. — Es fragt sich, wie biefer Nachweis zu führen. — Awangsmaßregeln, wie sie jest noch in manchen Ländern bestehen, find burch § 888 Abs. 2 ber C.B.D. Faffung ausgeschloffen. Der Gerichtsvollzieher, bie Polizeibehörbe tann nicht mehr angerufen werben. Es ift nötig in anderer Beife fich ben Beweis ju fichern, j. B. im Laufe bes Jahres wieberholt Aufforberungen zur Rudtehr privatim in bringenber Form ergeben ju laffen. Hierbei ift barauf ju achten, bag ber Ginmand bes Migbrauchs beim Verlangen nach Berftellung bes ehelichen Lebens abzuschneiben ift. Das ganze Jahr hindurch muß besbalb in unserm Beispiel, falls ber Chemann ber Rläger, er ferner noch bie jur Aufnahme paffenbe Wohnung behalten. Wenn biefe Borausfepungen vorliegen, wird auch bas weitere Erfordernis gewahrt fein, baß nämlich bas Fernbleiben gegen ben Willen bes Rlägers geschieht; benn wenn 3. B. ber Chemann eine geeignete Bohnung behalt, und die Frau mehrfach bringend auffordert, so wird man wohl anzunehmen haben, daß er mit ber Entfernung nicht einverftanben ift.

Nachbem bas Jahr vergangen, muß ein abermaliger Suhnes versuch erfolgen und bann erft kann bie eigentliche Scheibungsklage erhoben werben.

Verweilen wir einen Augenblick babei, wie sich die Verschiedens beit ber alten und neuen Vorschriften in Bezug auf die Zeitbauer bemerkbar macht.

Der Antrag auf Erlaß eines Rüdkehrbefehls, ber Erlaß besfelben, ber Ablauf ber zweiwöchigen Frist, ber bann erfolgende Antrag auf Anberaumung bes Sühnetermins, die Abhaltung besselben, die Ausstellung bes Attestes über bessen Ergebnis, sie nehmen vielleicht einen Zeitraum von zwei Monaten ein. — In Zukunft stellt sich bies anders. — Erster Sühneversuch vor der Klage auf Herstellung bes ehelichen Lebens erfordert einen Monat, der Prozeß selbst wenigstens 5 Monate, die Notfrist dauert einen Monat, dazu kommt das Wartejahr, dann der zweite Sühneversuch, unter 20 Monaten wird man daher in Zukunft nicht da sein, wo man jest im Preußischen Recht in zwei Monaten ist.

Dabei rechne ich noch, bag ber beklagte Teil wenig Ginwenbungen bei ber Rlage auf Herstellung bes ehelichen Lebens erhebt; ich rechne ferner bamit, bag von ber Aussetzungsbefugnis tein Ge= brauch gemacht wird. — Und wenn auf diese Weise wirklich im schnellften Tempo in 20 Monaten bie Scheibungsklage erhoben ift, jo brobt bem klagenden Teil bie Gefahr, bag aus biefer beschleunigten Erledigung ihm Schwierigkeiten erwachsen. Denn wollte man fich an bas halten, mas bie Materialien fagen, fo mußten bie Gerichte bei einer schnellen Behandlung ber Angelegenheit feitens bes Rlägers, bei einem Unterlaffen ber Ginwendungen feitens bes beklagten Teils zu ber Annahme tommen, baß hier möglicherweise eine Rollufion vorliege und hierüber noch im Scheidungsprozeß Ermittelungen anstellen. Es ift ju hoffen, bag eine berartige ängstliche Anlehnung an die Materialien nicht Blat greift. Aber auch wenn bie Pragis fich bemgemäß geftaltet, wird boch bie bosliche Verlaffung einen schwer zu handhabenben Scheibungsgrund bilben, ber in fozialer Beziehung ju Bebenten Anlag giebt, ba er für ben Shemann aus ben unteren Rlaffen, wenn ihn die Frau verlaffen, taum anwendbar ift. Denn, daß der unbemittelte Arbeiter bis jum Ablauf bes Wartejahres, also minbeftens 19 Monate, statt jest einen halben Monat, eine Shewohnung halten muß, bebeutet für ihn, wenn bie Frau ihn verlaffen, eine materiell nicht ju ermöglichenbe Aufgabe.

Für ben Scheibungsprozeß selbst kann sich ber beklagte Teil zur Gerstellung bes ehelichen Lebens nicht mehr erbieten. Mit Ablauf bes Wartejahres ist er hierin präklubiert. Noch im Scheibungsprozeß selbst bieses Erbieten zuzulassen ist glücklicherweise abgelehnt worben. Wäre ber mehrsach, auch noch in ber Reichstagskommission gestellte biesbezügliche Antrag angenommen worden, so hätte man die bösliche Verlassung wohl aus der Reihe der prozessualisch durch- führbaren Scheidungsprozesse streichen müssen. — Im übrigen ist der eigentliche Scheidungsprozes trot der Vorklage keineswegs einfach zu erledigen.

Bunächst sind das Verhalten in dem Jahre, d. h. die Widersspenstigkeit des beklagten Teils, der Unwille des Klägers über dieselbe — Momente, von denen ich vorhin gesprochen habe — in diesem Prozeß anzusühren und Mangels des Versäumnisverfahrens unter allen Umständen durch Beweisaufnahme festzustellen.

Außerbem wird in diesem eigentlichen Scheidungsprozeß nochmals eine Prüfung ber böslichen Verlassung selbst zu ersolgen haben. Die Erörterung in der Vorklage überhebt das Gericht der nochmaligen Feststellung im Scheidungsprozeß selbst nicht, wenn diese auch kaum anders aufallen wird, als bei der Vorklage. — Die Sinwendungen des beklagten Teils können wieder dahin gehen, daß in dem Wartejahr sich das Verlangen des Klägers als Mißbrauch dargestellt habe, der beklagte Teil kann selbst mit seinem guten Glauben erfolgreich operieren. Denn da er in dem Wartejahr das Urteil böslich unbeachtet gelassen haben muß, wenn die Scheidung erfolgen soll, so kann z. B. die beklagte Sefrau mit Erfolg der Klage widersprechen, wenn sie nachweist, daß sie berechtigter Weise geglaubt habe, der klagende Shemann habe in dem Jahr zu seiner bei ihm wohnenden Wirtschafterin geschlechtliche Beziehungen gehabt.

Man sieht ber beklagte Chegatte kann auch ben Scheibungs= prozeß selbst geborig erschweren.

Wesentlich einsacher ist die Klage wegen böslicher Verlassung, wenn hinsichtlich des Ausenthalts des beklagten Teils die Borausssetzungen der öffentlichen Zustellung vorliegen. Zweierlei Erfordernisse sind dann außer der Thatsache der böslichen Berslassung notwendig. 1. Daß der beklagte Teil seit der Verlassung, sich gegen den Willen des Klägers in böslicher Absicht der häuslichen Gemeinschaft entzogen hat und 2. daß "die Voraussetzungen der öffentlichen Zustellung seit Jahresfrist gegen ihn bestanden haben".

Es ist nicht gesagt, daß die Fristen zu kumulieren sind. Wenn die Entfernung des schuldigen Teiles sich berartig vollzieht, daß von vornherein der Ausenthalt nicht bekannt ist, werden die Fristen im wesentlichen zusammen fallen; andernfalls tritt zu der Zeit, in der die häusliche Gemeinschaft aufgehoben, noch die einjährige Frist für das Vorliegen des unbekannten Ausenthalts.

Auch hier ist nicht gesagt, wie die einjährige Frist bez. der öffentlichen Zustellung zu berechnen ist, ob sie rückwärts von Klageserhebung zu zählen ist oder ob es genügt, wenn zur Zeit des Urteils die Frist gewahrt ist. Es wird das Erstere anzunehmen sein. Die Fassung des Gesetzes "Ein Shegatte kann klagen... wenn... die Voraussetzung für die öffentliche Zustellung seit Jahresfrist gegen ihn bestanden haben" spricht dafür, daß zur Zeit der Klage ein Jahr vergangen sein muß. Außerdem kommt in Betracht, daß die Motive zum ersten Entwurf sich auf das A.L.R. beziehen. Dieses aber läßt bei der Klage wegen der eigentlichen Desertion die Solftal ladung erst nach Ablauf eines Jahres zu. (§ 690 A.L.R. II. 1.) Hiernach ist die Jahresfrist vor der Klage materielle Voraussezung, und die Klage abzuweisen, wenn diese Zeit vor der Klage nicht abgelausen war.

Nähere Bestimmungen über bie öffentliche Buftellung fehlen im Maggebend tann also nur gemäß ber C.P.D. bas freie **B.G.B.** richterliche Ermeffen barüber fein, ob bie Boraussetzungen ber öffent: lichen Bustellung ein Sahr lang vorgelegen haben. Da die Klage felbft im Wege ber öffentlichen Ruftellung ju behandigen ift, kommt bie öffentliche Zustellung sowohl als formelles Erforbernis bei ber Ginreichung, wie als materielles für bie Begründung bes Urteils in Betracht. Wenn bei biefer Sachlage bas Gericht für bas formale Moment, die Erhebung ber Rlage, die öffentliche Buftellung bewilligt, fo wird man hierin eine gewiffe Garantie erblicken, bag es auch bei ber jum Urteil notwendigen Erörterung, ob ein Sahr gurud bie Boraussetzungen ber öffentlichen Zustellung bestanden haben, fich ebenfalls in einem bejahenben Sinn aussprechen wirb. Immerhin ift aber zu beachten, bag es an einem bestimmten Dagftab für bie Boraussetzungen ber öffentlichen Buftellung fehlt und bei bem Gin= tritt freien richterlichen Ermeffens, namentlich bei einem Bechsel in ber Besetzung bes Gerichtes, ein Fall eintreten kann, in welchem trot ber Bewilligung ber öffentlichen Zustellung auf die Klage bei Prüfung der Sache selbst das Gericht zu einer Verneinung hinstichtlich des Umstandes gelangt, ob auch für das ganze Jahr vorher die Erfordernisse der öffentlichen Zustellung existent waren.

Eine Komplikation tritt bei bieser böslichen Verlassung ein durch ben Schlußsatz des § 1567. Die Scheidung wegen eigentlicher Desertion wird nämlich danach un ftatthaft, wenn die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung am Schlusse der Verhandlung, auf die das Urteil ergeht, nicht mehr bestehen, d. h. also wenn der Aufenthalt bekannt wird, bezw. die Verhinderung der Zustellung aufshört. Nach der Fassung des Gesetzs ist es ohne Belang, falls der Ausenthalt nach dem Schluß des Verhandlungstermin zur Kenntnis des Gerichtes gelangt, selbst eine Anzeige zwischen Verhandlungsund Publikationstermin ändert nichts. Auch ein Rechtsmittel wird hierauf nur mit Erfolg gestützt werden können, wenn dargethan wird, daß beim Schluß der mündlichen Verhandlung der Ausenthalt des beklagten Teils bekannt war.

über die Frage, mann ein Wegfall ber Boraussehungen ber öffentlichen Ruftellung anzunehmen ift, enthält bas Gefet nichts. Es handelt sich um eine eigenartige Gestaltung. Die für bie Rlage geforberte Brogefvorausfegung ber öffentlichen Buftellung muß berart mabrend bes Rechtsftreits vorhanden fein, daß die materielle Rulaffigkeit ber Rlage bavon abhangt nicht bloß, wenn fich bie Annahme ber Prozegvoraussehung zur Zeit ber Rlage als irrig herausstellt, sondern auch bann, wenn im Laufe bes Rechtsstreits nachträglich fich bie Sachlage so anbert, bag die öffentliche Buftellung abzulehnen mare, wenn man fie gu biefer Beit nachsuchte. Das Gericht wird beshalb, wenn Bebenfen gegen ben unbefannten Aufenthalt u. f. w. auftauchen, ftets fo auftreten muffen, als ob es in biefem Augenblick bie öffentliche Ruftellung bewilligen müßte. Es handelt also hierbei, zumal eine Shesache vorliegt, im Rahmen ber Offizialmagime. Diese Auffaffung wird unterftütt burch bie in ben Motiven jum erften Entwurf enthaltene Bezugnahme auf die preußischen Gefete vom 28. 6. 1844 und 1. 3. 1869, Die auch

bie Desertion für unzulässig erachteten, sobalb bas Gericht ben Aufenthalt bes Beklagten erfahre.

Hagte sich melbet ober der Kläger den Aufenthalt nennt ober das Gericht hört, daß der Kläger den ihm bekannt gewordenen Aufenthalt verschweige. — Auch dann, wenn von dritter Seite dem Gericht eine Mitteilung zugeht, wird das Gericht Nachforschungen anstellen müssen oder wenigstens Beseitigung der Bedenken seitens des Klägers fordern. Dementsprechend wird auch der beklagte Teil Rechtsmittel einlegen können; er wird die Berufung darauf stützen durfen, daß zur Zeit der letzten mündlichen Verhandlung sein Ausenthalt nicht unbekannt gewesen sei.

Gine weitere Frage entsteht bei bem Schluffat bes § 1567 bezüglich bes Umftanbes, ob in allen Inftangen ber Begfall ber öffentlichen Zustellung von Bebeutung ift. Der erfte Entwurf wollte bas Aufhören ber Boraussetzungen nur in ber erften und ber Berufungsinstanz berückfichtigt wissen; bies hat man in ber zweiten Kommission geftrichen. Die betreffende Stelle ift in ben matallographierten Prototollen etwas unflar —, wenn ich fie richtig verstehe, hat man sich babei auf eine Entscheibung ber vereinigten Civilsenate Bb. 21 Nr. 2 berufen. Bb. 21 Nr. 2 fteht aber weber eine Entscheibung ber vereinigten Civilfenate noch überhaupt eine paffende Entscheidung; auch fonft habe ich kein biefe Frage berührenbes Inditat finden können. — Man wird bei freier Interpretation fagen muffen, es liegt hier eine burch bas Gefet bem Gericht auferlegte bauernbe Offizialprüfung vor, ob bie öffentliche Zustellung noch weiter gerechtfertigt ift. Die barauf bezüglichen Thatsachen find von ber Revisionsinftang ebenso zu beachten, wie ber Tob ober ber Ronfurs einer Partei; auch die britte Instanz wird somit von bem Schlugfat bes § 1567 betroffen.

VII.

Der lette ber absoluten Scheibungsgründe, berjenige ber Geisteskrankheit (§ 1569 B.G.B.) hat ein wechselvolles Schidsal

gehabt. Er verbankt seine Entstehung bem zweiten Entwurf. Bon ber Reichstagskommission in zweimaliger Lesung gestrichen, auch vom Plenum in zweiter Lesung abgelehnt, ist er erft wieber in britter Lesung bem Geset eingefügt worden.

Die Scheibung ist (eine gewisse Analogie mit bem Pr. Recht) nur statthaft wegen Geisteskrankheit, also nicht wegen Geistesschwäche. Weber hier, noch im allgemeinen Teil befiniert das Gesetz den Begriff Geisteskrankheit. Es überläßt der Medizin die Feststellung hierüber und so ist nicht ausgeschlossen, das mit etwaigen Anderungen in den medizinischen Auffassungen die Möglichkeit der Scheidung wegen Geisteskrankheit sich verringert oder erweitert. Zur größeren Sicherheit, das auch wirklich Geisteskrankheit vorliegt, schreibt die C.P.D. in der neuen Fassung im § 623 vor, daß das Gericht die Scheidung nicht aussprechen darf, wenn es nicht ein oder mehrere Sachverständige gehört hat.

Weitere Rautelen enthält bas B.G.B. felbft. Die Scheibung ift nur julaffig, wenn bie Geiftestrantheit brei Sahre gebauert und einen folden Grab erreicht hat, bag bie geiftige Gemein: schaft zwischen ben Chegatten aufgehoben, auch jebe Aussicht auf Wieberherstellung biefer Gemeinschaft ausgeschloffen ift. Es genügt banach also nicht, bag Geiftestrankheit konstatiert ift, es muß ferner ersichtlich fein, bag biefe Geiftestrantheit einen bestimmten Charafter angenommen bat, nämlich, baß jebe geiftige Gemeinschaft aufgehoben; es muß weiter fich ergeben, daß eine Wiederherstellung ausgeschloffen ift, nicht eine Wieberherstellung schlechthin, sonbern eine Wieberberftellung ber geistigen Gemeinschaft. Liegt also teine Aussicht vor, baß ber trante Shegatte gang gesundet; ift es aber möglich, baß er wenigstens soweit sich bessert, baß eine Teilnahme seinerseits an bem gemeinsamen geistigen Leben stattfindet, so kann von ber Scheibung teine Rebe fein. Es ift anzunehmen, bag bie biesbezüglichen Reftstellungen im wefentlichen auf Grund ber Sachverftanbigen: ausfagen zu treffen fein werben; eine eigene Brufung feitens bes Gerichts wird nur schwer bentbar fein. -

Ob eine Entmündigung erfolgt, ift ohne Bebeutung. Vorausjetzung ift fie nicht. Hat die Entmündigung stattgefunden, so muß bas Gericht boch jebenfalls nach ber angegebenen Vorschrift ber C.P.D. Sachverständige auch im Shescheibungsverfahren hören.

Das Gesetz läßt offen, ob ber vom § 1569 vorausgesetzte fortgeschrittene Zustand ber Krankheit von Anfang an vorhanden gewesen sein muß, oder ob es genügt, daß der Ausschluß der geistigen Gemeinschaft in unheilbarer Weise im Moment der Urteilsfällung vorhanden ist. Die Fassung des Gesetzes, die nur für die Krankheit selbst die Dauer von drei Jahren vorschreibt und dann erst den weiteren Zusat über die qualifizierte Krankheit anschließt und ferner die Debatten in der zweiten Kommission führen zu der Annahme, daß es nur darauf ankommt, ob der Zustand bei der Urteilsfällung sich als ein so gesteigerter herzausstellt.

Im Gefet ift ferner auch hier nicht bestimmt, wie die brei Sahre gu berechnen find. Genügt es, wenn gur Reit ber Sachverftanbigengutachten die Dauer von brei Jahren konftatiert wird, ober ift bie Rlage ohne Beweisaufnahme abzuweisen, wenn fich etwa herausstellt, bag jur Zeit ber Rlage bie Krankheit noch teine brei Sahre gebauert hat? Nehmen wir z. B. an, es werbe am 1. Februar 1904 eine Rlage wegen Beiftestrantheit jugeftellt, am 1. Juni werben Sachverftanbige vernommen, die aussagen, baß nach allen Indizien ber beklagte Teil am 15. April 1901 sicher geiftestrant gewesen sei, muß bie Rlage, weil am 1. Februar brei Sahre noch nicht abgelaufen waren, abgewiesen werben? Die Entftehungsgeschichte bietet teinen rechten Anhalt. Der zweiten Rommission lagen zwar mehrsache Anträge vor, welche ausbrücklich brei Sahre bis zur Rlageerhebung verlangten. Diese Antrage unterichieben fich aber auch fonft von ber Gefet geworbenen Faffung, fodaß aus ber Richtannahme biefer Antrage für eine abweichenbe Berechnung nichts zu entnehmen ift. — Der Grundgebanke bes Gefetes, bie Scheibung wegen Geiftestrantheit erft jugulaffen, nachbem längere Zeit verftrichen und ber flagende Teil ausreichend Gelegenbeit gehabt, ju prüfen, ob er mit bem beklagten Teil verbunden bleiben wolle und konne, spricht gegen eine Verkurzung ber brei Sabre burch bie Interpretation. Gine folche wurde aber eintreten,

wenn man die brei Jahre vom Urteil gurudrechnete. Denn bann würbe man schon nach 11/2 Jahren etwa klagen können, wenn man auf bie Beschreitung ber Berufungsinstanz von vornberein rechnet, und wurde boch in zweiter Inftanz die Scheidung burchbringen, weil bann 3 Jahre richtig vergangen sein werben. — Auch die Fassung bes Gesetzes: Gin Chegatte kann auf Scheibung tlagen, wenn . . . die Rrantheit . . . minbeftens brei Sabre gebauert hat, führt bazu, die brei Jahre rudwärts von der Rlageerhebung zu rechnen. — Ahnlich fpricht fich übrigens Roch Rommentar ju § 698 A.L.R. II, 1. für die einjährige Frist des A.L.R. Raserei und Wahnsinn aus. — Die Bezugnahme auf Prozesse, benen eine noch nicht fällige Forberung eingeklagt wirb, und bei benen bis jum Urteil die Fälligkeit eintritt, ift nicht maßgebend, benn in biefen Fällen handelt es fich um bas Recht bes Beklagten, bie Befriedigung bis zu einem gemiffen Beitpuntt zu verweigern. Bei ber Shescheibung aber kommt es auf die Innehaltung bestimmter vom Gefet gegebener, in bem Ablauf einer vorgeschriebenen Reit= bauer gipfelnder Rautelen an, beren zwar ftarre, aber feste Boraussetzung und Ronftruktion verlaffen wird, sobald man einen so schwankenben Endpunkt, wie ben eines Urteils als Beendigungstermin annimmt.

Zweifelhaft ift endlich, ob die Rrantheit ununterbrochen biefe brei Jahre bestanden haben muß. Gine alte crux ber Jurisprudens taucht wieber auf. Es sind die lucida interballa. Genügt es, baß bie Geiftestrantheit einschließlich ber lichten Zwischenräume brei Jahre gebauert hat, ober ift bie Voraussehung bes Gesetes nicht erfüllt, wenn im Laufe ber brei Jahre ein, vielleicht noch fo turger Buftanb ber Gesundheit vorgekommen ift, ober muß unter Beglaffung ber Zwischenzeiten gezählt werben? — Die Materialien nüten uns hier wenig. In ber zweiten Kommission entschied fich bie Dehrheit für eine Nichtberücksichtigung ber Intervallen; in ber Reichstagskommission trat die gegenteilige Ansicht hervor. biefem Widerspruch tann nur die reine Interpretation uns ju einem Refultat führen. — Die Zwedmäßigteit fpricht für Nichtberüdfichtigung ber Zwischenzustände. Wie follte man fonft mit Sicherheit feststellen, baß ununterbrochene Geisteskrankheit vorliegt, wird boch kaum ein

Rranter Tag und Racht in jeder Minute kontrolliert! Und felbst wenn man fich mit einer gewiffen Bahrscheinlichkeit begnügte, wie felten murbe auch nur eine folche Feststellung zu treffen fein und auf eine wie geringe Anwendungssphäre murbe ber § 1569 bann beschränkt! — Reben ber Zwedmäßigkeit ift es ber Sprachgebrauch, ber ebenfalls auf Nichtbeachtung ber Intervalle hinweift. meffen ohne Rudficht auf Unterbrechungen Berioden nach ihrem Anfang und Ende, wir fprechen bemgemäß nicht bloß bei Rongreffen und Berfammlungen, wir verfahren auch bei Krankheiten fo. Wir fprechen von einer Fieberperiobe von zehn Tagen, auch wenn in= zwischen einmal einige Stunden fieberfrei maren. — Entscheibenb ift aber endlich ber mebizinische Standpunkt. Danach kommt es nur auf bas Gesamtbilb ber Krantheit an. Trot fo und fo vieler Zwischenzuftanbe wird in einem Kalle ber Argt eine Geiftestrantheit von 3 Jahren annehmen, mahrend er bei einer anderen Beobachtung vielleicht trot viel geringerer Intervallen eine folche Dauer verneint. Auch hierbei wird baber für bas Gericht maßgebend, ob bie Sachverftanbigen fich für eine Rrantheit von 3 Jahren aussprechen.

VIII.

Damit sind die absoluten Scheidungsgründe erledigt. Ich wende mich zu dem relativen Scheidungsgrunde des § 1568. Wir betreten damit einen juristisch fast jungfräulichen Boden. Wehr als das Verdienst, die Anregung gegeben zu haben, kann auch die clausula generalis der oben erwähnten altenburgischen Speschenzung nicht beanspruchen.

Der § 1568 sagt: "Sin Shegatte kann auf Scheibung klagen, wenn ber andere Shegatte burch schwere Verletzung ber burch die She begründeten Pflichten oder durch ehrloses oder unsittliches Verhalten eine so tiefe Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses verschuldet hat, daß dem Shegatten die Fortssetzung der She nicht zugemutet werden kann. Als schwere Verletzung der Pflichten gilt auch grobe Mißhandlung."

Die nach ber Fassung zunächst als möglich erscheinenbe Auslegung, als tame es hier lediglich auf bas subjektive Empfinden bes klagenden Shegatten an, ist nicht durchführbar. Sie würde nicht allein den Bereich der richterlichen Würdigung erheblich einschränken und die Anwendung der Vorschrift uferlos ausdehnen. Diese Interpretation widerspräche auch dem in einer Erschwerung der Sheschung gipselnden Prinzip des B.G.B., der Bestimmung der C.P.D. (neue Fassung) wonach dei § 1568 von Amtswegen ausgesett werden darf, also Erschwerung beabsichtigt ist, und vor Allem der Entstehungsgeschichte.

Die Motive zum ersten Entwurf untersuchen nämlich bei ber Erörterung ber relativen Scheibungsgrunde bie nicht übernommenen absoluten Gründe ber bisherigen Gesetze auf ihre Prinzipien und tommen, soweit die Gründe überhaupt nach bem Verschulbungsprinzip in Betracht zu ziehen, zu bem Refultat, baß zwei Gruppen zu unterscheiben seien. Die eine Gruppe: (Beispiel u. a. Mißhanblung, Rankfucht, Versagung ber ehelichen Pflicht) führe, so heißt es, eine Berletung ber burch die She begründeten Pflichten gurud, die andere (Beispiel u. a. Freiheitsftrafe, schimpfliches Gewerbe) habe ihre Burgel in ehrlosem ober unsittlichen Berhalten. Die Motive lehnen indes ab, daß berartige Grunde unter allen Umftanben bie She so zerrüttet hatten, daß bie Fortbauer unmöglich sei, und betonen, daß je nach bem Charafter bes anberen Shegatten, man bemfelben bie Lösung ber Che verweigern könne ober nicht. bezwecken die Einführung des relativen Scheidungsgrundes und die in ben Motiven sowie ben weiteren Materialien vortommenben Bemerkungen, daß die Vorschrift des jegigen § 1568, sich mehr an bie fubjektiven Berhaltniffe anlehnen konnten, eine Berudfichtigung der persönlichen Situation der Chegatten nur in einem, die Che scheibung einengenden Sinn. Es ift beshalb für bie Sanbhabung bes § 1568 kein Zweifel, baß, nachdem ber Richter bie anbern Boraussetzungen festgestellt hat, in eine Prüfung bes Wesens und bes Charafters bes flagenden Shegatten babin einzutreten ift, ob ber Charafter bas Verlangen nach Löfung bes Verhältniffes gerechtfertigt erscheinen läßt. — Wenn ber beklagte Teil ber Rlage wiberfpricht, wenn von beiben Seiten ausführliche Darlegungen gemacht merben, so ift bas Gericht allerdings im Stande biefe subjektiven Seiten beim Rläger zu beurteilen. Wie aber, wenn bies nicht geschieht, wenn ber beklagte Teil garnicht kommt, wenn er garnicht bestreitet, soll bann bas Gericht besugt sein, nach dem Benehmen des klagenden Teils zu inquirieren, oder soll man sich auf den Standpunkt stellen, daß der klagende Teil schon in der Rlage seine Bravheit behaupte und unter Beweis stelle? Sicherlich ist Klagesundament die Behauptung, daß die Fortdauer einer solchen She von dem Kläger nicht zu verslangen sei. Aber man wird sich dabei doch im Zweisel mit einer thatsächlichen Präsuntion begnügen, man wird aus objektiven Gesichtspunkten an sich die Klageberechtigung annehmen und es dem beklagten Teil überlassen aus der Person des Klägers den Einwand herzuleiten, daß ein solcher Kläger sich das Verhalten des Beklagten aefallen lassen müsse.

Stellt sich hierbei heraus, daß der beklagte Teil, wenn auch nicht vom Kläger direkt veranlaßt, doch durch bessen Handlungs-weise zu seinem Borgehen beeinslußt sei, so wird der Scheidungs-antrag abzulehnen sein. Hat z. B. der Mann ein rohes, gleichzültiges Wesen und wird die Frau dadurch zu schweren Beleidizungen gereizt, so wird es kaum angängig sein, salls der Mann auf Scheidung klagt, auf Scheidung zu erkennen. — Auch in den Fällen, in welchen nicht einmal ein derartiger Zusammenhang dessteht, kommt doch das Benehmen des Klägers in Betracht. Sine Frau, die etwa mit Wissen ihres Mannes sich der Prostitution erzgeben hat, wird kaum nach § 1568 Scheidung verlangen können, wenn der Mann eine entehrende Strase, etwa wegen Hehlerei erzleidet. Hier wird man aussprechen, daß der Klägerin die Fortzsetzung der Ehe wohl zugemutet werden kann.

Man ersieht hieraus, wie nahe die Gefahr liegt, daß ein der Rompensation beim Shebruch entsprechendes Prinzip sich hier beim relativen Scheidungsgrunde entwickelt. Sine solche Gestaltung wäre freilich nicht im Sinklang mit der Bedeutung des § 1568. Denn während bei der Rompensation ein — man könnte sagen — mechanisches Abwiegen der beiderseitigen Versehlungen stattfindet, bedarf eine Entscheidung auf Grund des § 1568 eines tieferen psychologischen Sindringens in die äußern und innern Verhältnisse der She. Des

halb kann beim § 1568 nicht gesagt werben, beibe Teile find schulbig, folglich wird nicht geschieben, sonbern es tann nur ausgesprochen werben, wenn auch ber beklagte Teil sich vergangen hat, fo ift fein Verhalten entschuldbar im Sinblid auf bie Vorgange beim Rläger, und eben wegen biefer Borgange tann ber Rläger nicht ein: feitig bie Lösung ber She forbern, obgleich ber beklagte Teil gegen biefelbe verfloßen bat. Selbstverftanblich ift bie Grenze zwischen einer weitgehenden Anwendung bes § 1568 und ber Ausübung ber Kompensation sehr fcwer zu ziehen; namentlich im Resultat wird Beibes oft genug zusammentreffen. Nur bann, wenn Wiberklage erhoben wirb, ift ein anderes Ergebnis zu erwarten. Die Kompenfation führt betanntlich zur Abweifung ber Rlage und ber Biberklage. Der § 1568 wird bei Wiberklage meift die Scheibung ermöglichen. Denn wenn die beiberseitigen Sandlungen genau geprüft werben, ift die Feststellung, daß der eine Teil mehr Schuld hat als ber andere, mohl als bie häufig eintretenbe Enticheibung anzuseben und bamit wurde bann bie Scheibung unter Schulbigsprechung bes betreffenben Chegatten zu erfolgen haben.

Was als schwere Verletung ber burch Che begründeten Aflichten ober als ehrloses bez. unfittliches Berhalten anzusehen ift, läßt fich falls generell auch nicht annähernd erörtern. Das Gefet führt nicht als Beispiel, sondern als ausbrückliche Borschrift an, grobe Mighandlung als eine schwere Berletzung ber Shepflichten anzusehen sei. Die Sinzufügung ift für nötig erachtet aus einer Erwägung, die nicht unbebenklich erscheint. Rach bem Bericht ber Reichstagskommiffion ift nämlich betont worben, die Unterlaffung von groben Mißhandlungen sei eine allgemeine, keine burch bie Ghe begründete Pflicht und um jeden Zweifel zu heben, ob bemgemäß grobe Mighandlung überhaupt unter ben § 1568 falle, sei die besondere Erwähnung notwendig erschienen. Diese Argumentation wurde ju ber Ronfequeng führen, bag nur eine fcwere Berletung ber besonderen Shepflichten die Anwendbarkeit bes § 1568 herbei: führe, nicht aber ein schwerer Berftog gegen biejenigen Pflichten, bie man gegen jeben Menschen zu beachten habe. Damit maren

bann Spegatten rechtloser gegen einander gestellt, als andere Menschen und bies kann bas Gesetz bei ber Sinführung bes relativen Scheibungsgrundes nicht gewollt haben.

Zu beachten ist, daß grobe Mißhandlung nicht immer als Scheidungsgrund gilt, sondern daß, um die Scheidung herbeizuführen, noch die anderen Voraussetzungen des § 1568 hinzutreten müssen. — Im Gesetz nicht erwähnt, aber als Fälle der Pflichtverletzung oder Unsittlichkeit bez. Ehrlosigkeit angeführt, sind in den Materialien die meisten der auf Verschuldung basierenden disherigen Scheidungsgründe. So sinden wir z. B. erwähnt, den dringenden Verdacht des Schedruchs, die halsstarrige Verletzung der ehelichen Pflicht, die öffentlich falsche Anschuldigung, die Beleidigung, die entehrende Freiheitsstrafe, der Betrieb eines schimpslichen Gewerbes. Auch die Zuwiderhandlung gegen die in den §§ 1353 B.G.B. sf. ausgesprochenen Verpflichtungen können hierher gerechnet werden.*)

Hierher gehört auch ber namentlich in ber Reichstagskommission erörterte Fall, daß ein Shegatte die vorher versprochene kirchliche Trauung verweigert. Alle Teilnehmer an der Erörterung äußerten sich dahin, daß hierin sehr wohl ein ehrloses Verhalten gefunden werden könne. Man ist sogar weiter gegangen und hat gesagt, es sei sehr wohl benkbar, daß nach den konkreten Verhältnissen der eine Shegatte von dem andern die kirchliche Trauung stillschweigend erwarten durfte und daß die Zuwiderhandlung gegen diese Erwartung ehrlos sei.

Man kann hierin einen Fingerzeig dafür erbliden, daß der Richter bei der Feststellung ob eine schwere Verletzung der Shepslichten oder ein ehrloses, bez. unsittliches Verhalten vorliegt, auf lokale, auf traditionelle, auf Standesanschauungen wird eingehen müssen. Feines Taktgefühl wird allerdings dabei erforderlich sein, um zu verhüten, daß nicht etwa Handlungen, wenn die Shegatten zu den sogenannten höheren Kreisen gehören, als Versehlungen angesehen werden, daß aber bei den sog. unteren Klassen benselben Handlungen ein solcher Charakter abgesprochen wird. Noch größere Vorsicht wird

^{*)} Bgl. Bland, Rommentar Buch 4 G. 80.

ju üben sein, daß für die subjektive Frage, ob der klagende Teil die Trennung verlangen könne, nicht etwa Gesichtspunkte nach dem Standesunterschiede geltend werden. Man wird sich davor hüten müssen, daß nicht etwa dem Arbeiter wegen seiner sozialen Stellung die Fortdauer der She zugemutet wird, wo im gleichen Fall die Lösung bei einem Fabrikbesitzer für begründet erachtet wird. Nur auf die Individualität des Klägers darf und muß es anskommen, will man nicht in sozialer Hinsicht bedenkliche Konsequenzen aus der Handhabung des Gesetzes entstehen lassen.

Es wird auch weiter zu wünschen sein, daß die Praxis nicht zu ängstlich bei der Entscheidung, ob die Trennung auszusprechen, für die Aufrechterhaltung nach der konkreten Sachlage eintritt. Nach dem Sinne des § 1568 soll der schlechtgesinnte Shegatte schwerer von dem gleichfalls schlechtgesinnten geschieden werden, als ein gutzgesinnter. Die Vorschrift würde bei strickter Auslegung danach also zu einer Aneinanderkettung der schlechten Elemente sühren und daß dies eine Gesahr wäre für die Shegatten, für die Kinder, für die Allgemeinheit, bedarf keiner Ausstührung.

Bei allen biesen Fragen, die ber § 1568 in feinem Schofe birgt, wird junachft eine große Unficherheit in ber Rechtsprechung Der Paragraph wird erst burch bie Jubikatur seinen Inhalt empfangen. Die Materialien rechnen auf die balbige Bilbung einer festen Pragis. Ob diese sich gestalten wird, ob sie bei ber Verschiedenheit ber Anschauungen überhaupt existent werben kann, steht babin. Wie es bei einer nicht genügenben speziellen gesetlichen Basis mit ber festen Praxis aussieht, ergeben am besten bie Entscheidungen bes Reichsgerichts aus bem protestantischen Rirchenrecht. Bb. 1 läßt bas Reichsgericht bie Scheibung bei Bechselfälschung und Buchthausftrafe von 4 Sahren und breijährigen Chrverluft Bb. 8 verneint es die Zulässigkeit ber Scheidung bei vier Diebstählen ber Chefrau mit einer Gesamtstrafe von 2 Sahr 8 Monat Gefängnis und Chrverluft, Bb. 5 weift es bie Rlage ab, obgleich ber Beklagte wegen versuchter unzüchtiger Sandlungen mit Mabchen unter 14 Jahren und unzüchtiger, öffentliches Argernis erregenber Sandlungen ju acht Monaten Gefängnis verurteilt ift,

Bb. 9 und Bb. 13 spricht es sich für die Scheidung aus bei einer Berurteilung des Beklagten wegen unzüchtiger Handlungen mit einer Geisteskranken zu 2 Jahren Zuchthaus. Man kann nicht behaupten, daß hier ein bestimmtes Prinzip durchgeführt ist, es sei denn, daß man annimmt, das Reichsgericht habe die Zuchthausstrase als entscheidend angesehen, und dann ließe sich sehr darüber streiten, ob das Prinzip befriedigend. — Und wenn sich selbst nach Jahrzehnten eine seste zufriedenstellende Praxis bildet und diese maßgebend wird, dann haben wir nach vielen Jahren Unsicherheit in dieser Praxis die bestimmte Norm, die jetzt das Gesetz hätte geben, und von der nicht abzusehen ist, warum das Gesetz von ihrem Ersaß Abstand genommen hat.

IX.

Soviel über bie Scheibungsgründe felbst. Bon ben Rebenbestimmungen kommt junächft in Betracht die Bergeihung.

Dieselbe braucht nach dem B.G.B., im Gegensatz zum A.C.A. nicht ausdrücklich zu sein. Auch eine weitere Bestimmung des A.C.A., daß die Leistung der ehelichen Pslicht keine Verzeihung ohne weiteres in sich schließe, ist nicht übernommen. Was aus ihr, was aus sonstigen Handlungen zu folgern ist, wird Sache der Feststellung im einzelnen Fall sein. Die Abweichung vom A.L.A. ist geschehen, um die Aufrechterhaltung der She zu unterstützen, eine ausdehnende Interpretation in einem, der Verzeihung günstigen Sinn, wird baher dem Gesetze am besten entsprechen.

Auch das B.G.B. hat ferner im Anschluß an landrechtliche Bestimmungen Fristen für die Anstellung der Scheidungsklage eingeführt. Es giebt zwei Fristen, eine sechsmonatige, von dem Moment an, wo der Schegatte Kenntnis vom Scheidungsgrund erhält, und eine zehnjährige ohne eine solche Kenntnis. Die Fristen sind Präklusivfristen, keine Verjährungsfristen. Ihre Sinführung enthält eine gewichtige Abweichung für die Länder des französischen und gemeinen Rechts, welche nur eine Verjährung des Scheidungsrechts kannten, eine geringere Abweichung für einzelstaatliche Gesetze, so auch für das A.L.A., da die diesem eigentümliche Frist von einem Jahr auf 6 Monate verkürzt wird.

Da die Fristen keine Verjährungsfristen sind, so sind die allzemeinen Grundsätze der Verjährung über Unterbrechung und Hemmung nicht anwendbar. Nur ausnahmsweise sind die Bestimmungen über mangelnde gesetzliche Vertretung und Unterbrechung der Rechtspsiege übernommen. Im übrigen hat das B.G.B. bessondere Vorschriften für die Unterbrechung und Hemmung dieser Fristen.

Außer der Unterbrechung durch die Klage, giebt es eine fernere Unterbrechung mittelst des Sühneversuchs. Diese Unterbrechung ersolgt nicht wie im preußischen Recht, durch den Antrag auf Anderaumung eines Sühnetermins, sondern erst durch die Zustellung der Ladung, ganz so, wie es die jezige Prozesordnung bezüglich der Unterbrechung für diejenigen Länder anordnet, in denen das Scheidungsrecht der Verjährung unterliegt. Sigentümlich ist aber die fernere Vorschrift, daß die Ladung zum Sühnetermin wirtungslos wird, wenn entweder der klagende Teil das Erscheinen im Sühnetermin verabsäumt oder wenn er nach Beendigung des Sühneversahrens nicht innerhalb 3 Monaten die Klage erhebt.

Die letztere Alternative ist besonders zu beachten. Wer nicht die Klage binnen sechs Monaten angestellt hat, sondern im letzten Teil der sechsmonatigen Frist zum Sühnetermin geladen hat, wird streng darauf achten müssen, diese breimonatige Verlängerung der ursprünglichen sechs Monate innezuhalten.

Sine wesentliche Neuerung kennt bas B.G.B. in einer Borsschrift, über die Hemmung dieser Fristen. Der Anfang und der Lauf sie sind gehemmt, so lange die häusliche Gemeinschaft unter Spegatten aufgehoben ist. Diese Bestimmung weicht von dem sonst im B.G.B. festgehaltenen Grundsatz, daß möglichst Klarheit über die Sheverhältnisse geschaffen werden soll, ab. Diese Abweichung ist eine bewußte. Sie ist in der zweiten Kommission beschlossen worden, aus der Erwägung, die allerdings zutressend ist, daß Sheleute, welche längere Zeit von einander getrennt leben, zu einer Versöhnung leichter geneigt sind. Das Bestreben nach Klarheit hat also hinter dem Bestreben nach Aufrechterhaltung der She zurückterten müssen. Wo eine Versöhnung nicht eintritt, ist allerdings

bie mertwürdige Ronfequenz diefer Bestimmung, daß eine Begrenzung bes Scheibungerechtes, fo lange bie Aufhebung bauert, nicht eintritt. Es tann fonach, unter Umftanben, felbft nach mehr als 30 Jahren bie Scheidung beantragt werben. Um jedoch ben zu beklagenden Shegatten nicht allzulange in Unsicherheit zu laffen, wenn ihm biefe Unficherheit unangenehm, giebt ibm bas Gefet bie Befugnis ben flageberechtigten Teil aufzufordern, bag er entweder die Rlage erhebt ober bie häusliche Gemeinschaft wieder herftellt. Gefchieht bies, fo beginnt, tropbem die Sheleute nicht zusammen leben, ber Lauf ber Frift. In biefer für ben ju beklagenden Teil jugelaffenen Befugnis gur Aufforberung, erhalt eigentumlicher Beife auf einem Umwege bei ber böslichen Berlaffung ber verlaffende Teil noch die Möglich= teit nach Ablauf bes Wartejahres burch fein Erbieten gur Wieber= herstellung ber häuslichen Gemeinschaft, obgleich er an fich praklubiert ift (f. oben S. 15 a. E.) boch noch eine gewiffe Wirtung auszuüben.

Damit beende ich die Erörterungen über die Borfchriften bes B.G.B. und wende mich ber Rückwirkung zu.

X.

Den für die Rückwirkung maßgebenden Grundsatz enthält Artikel 201 Absat 1 des E.G., indem er bestimmt:

"Die Scheibung und die Aufhebung der ehelichen Gemeinsichaft erfolgen von dem Inkrafttreten des B.G.B. an nach deffen Borschriften."

Dieser in Absat 1 aufgestellte Grundsat wird eingeschränkt burch ben Absat 2, welcher vorschreibt:

"Hat sich ein Spegatte vor dem Inkrafttreten des B.G.B. einer Versehlung der in den §§ 1565 bis 1568 des B.G.B. bezeichneten Art schuldig gemacht, so kann auf Scheidung oder auf Aushebung der ehelichen Gemeinschaft nur erkannt werden, wenn die Versehlung auch nach den bisherigen Gesehen ein Scheidungsgrund oder Trennungsgrund war."

Man fieht, ber § 1569, welcher von ber Scheidung wegen Geisteskrankheit hanbelt, ift bier nicht zitiert. Er unterliegt baber

ber Einschränkung bes Abs. 2 nicht. Auf ihn findet die rückwirkende Kraft des Abs. 1 schlechthin Anwendung. Bom 1. Januar 1900 ab ist deshalb die Geisteskrankheit auch in den Fällen, wo die Erskrankung weit vor dem 1. Januar 1900 vorgefallen ist und auch in den Rechtsgebieten, wo es eine Scheidung aus diesem Grunde nicht gab, als Scheidungsgrund zugelassen*).

Im übrigen ergiebt sich aus bem vorher erwähnten Artikel 201 Abs. 2, daß zwei Erforbernisse vorliegen muffen. Der Scheidungssgrund muß nach bem B.G.B. zulässig und er muß bei dem früheren Gefetz als Scheidungsgrund gegeben sein.

Wendet man diesen Grundsatz im einzelnen an, so findet man, daß seine scheinbare Einfachheit doch nicht ohne Schwierigsteiten für die praktische Anwendung ist. Zwar da, wo ein Scheidungsgrund neu eingeführt ist, erledigt sich die Interpretation leicht. So kann z. B. kein Zweisel bestehen, daß der nach dem B.G.B. auf eine Freiheitsstrafe nach § 1568 zu stützende relative Scheidungsgrund, dei Vorfällen vor dem 1. Januar 1900 im Gebiete des katholischen Kirchenrechtes versagt, weil es hier zur Zeit eine Scheidung wegen Freiheitsstrafen nicht giebt.

Auch in den Fällen, in welchen nach B.G.B. zulässige Scheidungsgründe bisher eingeschränkt galten, wird es an der Gleichmäßigkeit der Rechtslage sehlen und die Scheidung dei Vorfällen, die sich vor dem 1. Januar 1900 ereignet haben, auch nach dem Inkrafttreten des B.G.B. unzulässig sein. Deshalb wird auch nach dem 1. Januar 1900 im Gediet des preußischen Landrechts eine Scheidung dei Eheleuten geringeren Standes, falls nur mündliche Beleidigungen vorliegen, nicht stattsinden können, wenn diese Beleidigungen sich vor dem 1. Januar 1900 ereignet haben, obgleich die Klage erst im neuen Jahrhundert anhängig gemacht worden ist und obgleich gemäß 3 1568 nach dem B.G.B. die Scheidung von Scheleuten geringeren Standes auf Grund mündlicher Beleidigungen sehr wohl möglich ist. Desgleichen wird im Gediet des französischen Rechtes für die vor dem 1. Januar 1900 stattgehabten Vorfälle, weiter der Grundsat

^{*)} Siehe Goldmann-Lilienthal, Das B.G.B. Berlin 1897 S. 14.

gelten, daß nur ber Chebruch bes Chemanns im haufe einen Scheibungsgrund barftellt.

Schwieriger liegt die Interpretation, wo zwar die Verfehlung vor und nach dem 1. Januar 1900 einen Scheidungsgrund bildet, das disherige Recht aber Sinwendungen kannte, welche nach dem B.G.B. versagen. Ich erinnere an die Kompensation beim Chebruch, ich erinnere an die Bestimmung des Landrechts, daß der wegen Schebruchs verklagte Schemann die Klage zur Abweisung bringen kann, wenn er der Frau ebenfalls Schebruch nachzuweisen vermag. Segenüber dem Wortlaute des genannten Absat 2, welcher nur vom Scheidungsgrund und nicht von den Sinwendungen spricht, wird diesen Sinwendungen vom 1. Januar 1900 ab die Geltung zu versagen sein.

Die bisherigen Gesetze stellen ferner zuweilen Scheidungsgründe unter Voraussetzungen, die das B.G.B. nicht kennt. So ist Trunkssucht nach dem B.G.B. als relativer Scheidungsgrund durchsührbar, ohne daß ein Besserungsbesehl vorher gegangen ist. Das A.C.R. verlangt einen derartigen Besehl. Man wird von dem Verlangen nach diesem Besserungsbesehl absehen müssen, wenn ein Schegatte wegen, vor dem 1. Januar 1900 eingetretener Trunksucht, die Klage erhebt, denn der Besserungsbesehl ist kein Bestandteil des Scheidungszundbes und er ist außerdem nach dem 1. Januar 1900 nicht mehr herbeizusühren, man würde hier also, wenn man anders interpretierte, den Scheidungsgrund der Trunksucht für Ereignisse vor dem 1. Januar 1900 vollständig ausheben.

ΧI.

Tritt man mit ber Maßgabe, die sich aus einer berartigen Interpretation des Artikel 201 ergiebt, an eine Darlegung der rückwirkenden Kraft im Sinzelnen heran, so, wird zu unterscheiden sein, zwischen dem Fall, daß wegen vor dem 1. Januar 1900 stattzgehabter Versehlung, nach dem 1. Januar erst geklagt werden soll, oder daß eine Sinwirkung auf schwebende Prozesse eintritt.

Die erste Alternative erledigt sich ziemlich einfach. Auf

Scheidungsgründe, die das B.G.B. nicht mehr kennt, z. B. auf gegenseitige Sinwilligung, wird man keine Klage mehr stützen. Auf diejenigen absoluten Scheidungsgründe, die unverändert übernommen werden, wird man genau ebenso eine Klage sundiren, wie bisher, wenn man sich meinen vorstehenden Aussührungen anschließt, beim Shebruch freilich unter Zugrundelegung des Wegfalls der Sinzwendungen aus der Kompensation.

Bei ben absoluten Scheidungsgründen, die sich ändern, wird man die veränderte Rechtslage zu berücksichtigen haben. Hat sich die bösliche Berlassung vor dem 1. Januar 1900 ereignet, so ist natürlich mit der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens zunächst zu prozedieren. Bei der Geistestrankheit muß man statt wie bisher ein Jahr, in Zukunft 3 Jahre warten, auch wenn die Geisteskrankheit etwa Ansang 1898 ausgebrochen ist. Außerdem wird darauf zu achten sein, daß der qualisszierte Zustand der Geisteskrankheit nach dem B.G.B. vorausgesetzt wird. Alle sonstigen bisherigen Scheidungsgründe, soweit sie auf Verschulden beruhen, müssen derartig substanziert werden, wie es der relative Scheidungsgrund des § 1568 verlangt.

XII.

Weit schwieriger bagegen gestaltet sich die Rechtslage bei den schwebenden Prozessen. Hier kommt es in erster Linie darauf an, festzustellen, wo die Grenze ist, wo mit bindender Wirkung das Versahren bereits erledigt ist und für die Einwirkung des B.G.B. kein Raum mehr ist.

Man ist auf den ersten Blick geneigt die Grenze mit der Rechtstraft des Urteils zusammenfallen zu lassen. Das ist indessen nicht durchführbar. Die Rechtskraft tritt bekanntlich mit dem Ablauf der Frist ein, ohne daß ein Eingreisen des Gerichts möglich ist. Stann also sehr wohl vorkommen, daß ein Urteil, welches Ende Dezember 1899 gesprochen wird, erst nach dem Inkrafttreten des B.G.B. die Rechtskraft erlangt, daß also nach dem Inkrafttreten des B.G.B. die früheren Scheidungsvorschriften für dieses Urteil maßgebend bleiben.

Die Grenze muß beshalb in die Verkündung des Urteils gelegt werden. Das vor dem 1. Januar 1900 verkündete Urteil ergeht nach Maßgabe der bisherigen Gesete. Se scheidet gültig, auch wenn die Rechtskrast erst nach dem 1. Januar 1900 eintritt. Dagegen darf nach dem 1. Januar ein Urteil aus Grund der bisherigen Vorschriften nicht gefällt werden. Ses darf dies auch dann nicht geschehen, wenn es sich nur um eine Publikation handelt, denn nicht der Schluß der mündlichen Verhandlung, sondern nur das Urteil kann die Grenze bilden. Deshalb darf ein Publikationstermin seitens des Gerichts auf eine vor dem 1. Januar 1900 stattgehabte Verhandlung nicht anderaumt werden, es sei denn, daß nachher die Verhandlung von neuem eröffnet wird.

Bei ben Prozessen, die hiernach als schwebend zu betrachten sind, erledigen sich diejenigen am einsachten, welche auf die absoluten Shescheidungsgründe gestützt sind, so weit diese vom B.G.B. übernommen werden.

Derartige Prozesse geben einfach weiter, höchstens, daß z. B. beim Chebruch die aus bem Kompensationsprinzip abgeleiteten Ginswendungen fortfallen.

Diejenigen Klagen, welche auf wegfallenbe Scheibungsgründe gestüht find, können nicht weitergeführt werden. Sie sind durch höhere Gewalt in der Hauptsache ebenso erledigt, wie wenn auf Herausgabe einer Sache geklagt ist und diese Sache durch Zufall untergeht, ohne daß ein Ersahanspruch an die Stelle tritt. Lediglich wegen der Kosten wird weiter zu verhandeln und zu entscheiden sein.

Sollte ber Rläger ben Rechtsftreit jeboch nicht in ber Haupts fache für erledigt erklären, so murbe er abzuweisen sein.

Diejenigen Prozesse, benen absolute Scheibungsgründe als Unterlagen bienen und welche in Zukunft in der relativen Form weitergehen, werden nach Maßgabe des relativen Scheidungsgrundes durch konkrete Thatsachen zu ergänzen sein.

Eine berartige Ergänzung unterliegt in I. und II. Instanz teinem Bebenken. Für die Revisionsinstanz ist sie ausgeschlossen. So weit also nicht das vorhandene thatsächliche Material dem Revisionsgericht die Entscheidung auf Grund des § 1568 ermöglicht,

wird auch hier ber Rechtsstreit in ber Hauptsache für erlebigt erklärt werben muffen und nur wegen ber Kosten weiter gehen, wenn man eine Abweisung vermeiben will.

Fraglicher gestaltet sich bie Rechtslage für bie Scheibung wegen Geiftestrantheit. Wie ich oben bemertte, verlangt bas B.G.B. eine breijährige Frist. Diese brei Jahre sind, wie ich auch ausführte, rudwärts von ber Rlagezustellung ju bemeffen, fie bilben eine not: wendige Voraussetzung ber Scheidungsklage. Es erscheint nicht ftatt: haft zuzulaffen, baß Scheibung erfolgt, wenn die brei Sahre erft mahrend bes Prozesses ablaufen. Demgemäß werden auch bie wegen Geistesfrankheit schwebenben Prozesse sich verschieben gestalten, je nachbem zufällig zur Zeit ber Klageanstellung bereits brei Jahre verflossen waren ober nicht. Im ersteren Fall tann bie Rlage ruhig weiter geben, vorausgesett, daß der qualifizierte Zustand der Geisteskrankheit vorliegt, ben bas B.G.B. verlangt. Ift er nicht vorhanden, fo fann auch hier die Rlage, wenn man einer Abweifung entgeben will, nur wegen ber Rosten fortgeset werben. — In bem anbern Fall, wenn zur Zeit ber Rlageanstellung bie Geisteskrantheit noch teine brei Jahre bestanden hat, murbe eine Fortsetzung jur Abweisung führen muffen, auch hier muß beshalb obiger Anficht nach, ber Rläger bie Rlage in ber Haupsache für erledigt erklären und über bie Roften entscheiben laffen.

Am schwierigsten gestaltet sich die Sinwirtung bes B.G.B. auf die wegen böslicher Verlassung schwebenden Prozesse. Bei der eigentlichen Desertion noch einsacher, als wenn der Aufenthalt des beklagten Teils bekannt ist.

Bei der eigentlichen Desertion nämlich werden zwei Fristen verlangt, wie ich in Erinnerung bringe, Fristen, die im wesentlichen zusammenfallen können, einmal eine einjährige Frist von der böslichen Verlassung an und dann die Frist von einem Jahr, innerhalb welcher die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung destanden haben müssen und die, wie ich oben aussührte, rückwärts von der Alageerhebung an zu bemessen ist. Das preußische Recht kennt auch eine Frist von einem Jahr von der Verlassung an, es kann also sein, daß die Voraussetzungen für die öffentliche Zustellung

bei der eigentlichen Desertion schon ein Jahr bestanden haben als die Klage erhoben wurde. Es wird dies oft der Fall sein, denn meistens pflegt der Ausenthalt des beklagten Shegatten mindestens ein Jahr lang unbekannt zu sein, ehe die Klage angestellt wird. Auf diesen thatsächlichen Unterschied kommt es an. War vor der Klage ein Jahr verstrichen, in welchem der Ausenthalt des beklagten Shegatten undekannt war, so kann der Prozes weiter gehen. Kann man dagegen nicht nachweisen, daß schon ein Jahr vorher der Ausenthalt des beklagten Teiles nicht zu ermitteln war, so muß auch hier, wenn man einer Abweisung entgegen will, die Klage in der Hauptsache für erledigt erklärt werden und Entscheidung über die Kosten nachgesucht werden.

Bei ber anbern Art ber boslichen Verlaffung, berjenigen mit bekanntem Aufenthaltsort bes beklagten Teils ift bie Fortführung burch bie veränderten Bestimmungen bes B.G.B. für bas Preußische Recht unmöglich gemacht. Wir tennen nur ben Rudtehrbefehl, feine Rlage auf Berftellung ber häuslichen Gemeinschaft. Alle im Gebiet bes Landrechts angestellten Klagen wegen boslicher Verlaffung entbehren alfo berjenigen Grundlage, bie bas B.G.B. verlangt. - Gine Nachholung ift nicht herbeizuführen, zwar könnte man mit ber Aussetzung, welche auf Berlangen bes klagenden Teils von Amtswegen zu bewilligen ift, sich Zeit schaffen, um die Borklage anzustellen und bas Wartejahr verftreichen ju laffen, aber ber Berlauf bes Wartejahres ift vom B.G.B. babin bemeffen, daß biefe Frist vor ber Erhebung ber Scheibungstlage liegen muß und bas tann in einem schwebenden Prozeß nicht nachgeholt werben. halb ift, falls ber Aufenthalt bes beklagten Teils bekannt, wenn man nicht abgewiesen werben will, auch hier bie Rlage in ber hauptface für erledigt zu erklaren und Roftenentscheibung zu verlangen.

Die Konsequenz ist, daß man gut thut, so weit nicht Berlust bes Klagerechts durch Zeitablauf broht, auf Grund böslicher Ber-lassung vor dem 1. Januar 1900 teine Klage anzustellen.*) **)

^{*)} Eigentümlich gestaltet sich bie Lage, wenn auf einen Gib erkannt ift, und bie Läuterung auf Scheibung wegen eines fortfallenben ober nur mit Beranberungen geltenben Scheibungsgrunbes vorgelesen ift. Der Ginwanb, baf

XIII.

Ich komme zu einem andern Punkt bei ber rückwirkenben Kraft, zu den Sinwirkungen ber Praklusivfristen bes B.G.B. Dieselben unterscheiben sich von den bisherigen Bestimmungen, wie oben angeführt, sehr erheblich, so ist insbesondere die einjährige Frist des A.S.R. auf die Hälfte verkurzt.

Es liegt nahe baran zu benken, daß die Grundsätze ber Bersjährung anzuwenden sein wurden.

Das B.G.B. enthält im Art. 169 bes Einführungsgesetzes besonbere Vorschriften für ben Übergangszustand, zumal in dem Falle, daß das neue Gesetz eine kürzere Verjährung einführt.*) Fischer: Henle sind auch der Meinung, daß die Fristen bei der Ehescheidung so zu behandeln sind wie bei der Verjährung. Auch in der zweiten Rommission hat man, obgleich eine Zuschrift aus Sachsen auf die hier eintretenden Schwierigkeiten hinwies, von besonderen Bestimmungen abzusehen geglaubt, weil an der Hand bieser Verjährungsgrundsätze die Theorie und Praxis eine glückliche Lösung der Schwierigkeiten sinden würden. Es ist hierbei aber übersehen, daß

versahren nicht vorzubringen (R.S. Bb. 17 S. 341). — Es muß beshalb geläutert, sobann aber vom unterliegenden Teile Einwandsklage nach S. 686 C.P.D. alte Fassung, 767 neue Fassung erhoben werden. — Bon Amtswegen die Folgen bes bedingten Urteils zu andern, erscheint nicht statthaft. — Um eine solche recht satale Komplikation zu vermeiben, wäre es ratsam, daß in Sescheideidungssachen, die sich auf einen Erkenntniseid zuspissen und auf der Berzänderung unterliegende Scheidungsgründe gestütt sind, das Gericht die Berzhandlung nach S. 206 C.P.D. von Amtswegen über den 1. Januar 1900 vertagt.

^{**)} Der Umstand, daß manche Scheidungsgründe fortfallen, hat beim Landgericht I Berlin sich bereits bemerkbar gemacht. Es ist 3. B. bei einseitiger Abneigung im Januar 1899 Aussehung bis Januar 1900 beschlossen worden. Dies erscheint nicht richtig. Nach S. 580 C.P.D. darf eine Aussehung bes Berfahrens nur erfolgen, wenn eine Aussöhnung ber Parteien für wahrscheinlich erachtet wird. Um eine Aussöhnung handelt es sich aber nicht, wenn die veränderte Gesetzebung die Scheidungsklage überhaupt unstatthaft macht. — hier kann auch nur mit S. 206 C.P.D. operiert werden.

^{*)} Unm. ju Urt. 201 Ginf. Gef.

bie Motive zu bem jetzigen Artikel 169 bes Einführungsgesetzes ausdrücklich bemerken: "In ben preußischen Publikationspatenten von 1816 und 1825 seien die Verjährungsgrundsätze für den Übergangszustand auch bei den Präklusivfristen angewendet, dies könne man für das B.G.B. nicht acceptieren. Verjährung und Vefristung seien verschieden. Letztere unterläge besonderen, für den einzelnen Fall zu treffenden Regeln." — Hiernach halte ich eine Anwendung des Art. 169 für ausgeschlossen.

Auch Goldmann= Lilienthal verneinen diese Anwendung, sie wollen aber gemäß einer im Art. 198 des Einführungsgesetzes für die Sheansechtungsklage getroffene Bestimmung, die Fristen des B.G.B. erst vom 1. Januar 1900 beginnen lassen. Sie kommen danach auch zu der Konsequenz, daß unter Umständen hiernach die landrechtliche Frist von einem Jahr noch dis zum 1. Julisverslängert werde, eine an sich am 1. Februar 1900 abgelausene Frist noch dis 1. Juli 1900 gelte.

Ich tann mich biefer Anficht nicht anschließen. In ber zweiten Rommission hat man die Bestimmung zu Artikel 198 für erforberlich erachtet, um nicht eine Praklufion gleich bei Beginn bes Gefetes eintreten zu laffen. Aus bem Umftanbe, daß man bei Art. 201 folde Borfdrift nicht angefügt hat, sowie aus ber Thatsache, bag Anfechtungstlage und Scheidungstlage boch fehr verschiedener Natur find, ift die von Goldmann-Lilienthal vorgeschlagene Anwendung von Art. 198 abzulehnen. Bubem enthält Art. 198 eine Bestim= mung ber Rudwirfung, wie fie Art. 201 hat, nicht. Ohne biefe Anordnung im Art. 201 ware auch bie Geltung ber Friften vom 1. Januar 1900 an zu berechnen. Da aber bie Rudwirkung vorgeschrieben ift, so wird sie auch sofort am 1. Januar 1900 anzuwenden sein. — Allerbings ift es eine eigentümliche Konsequenz bes Gefetes, wenn es fofort bei feiner Geltung eine Reihe von Rlagerechten befeitigt, bie vorher Beschränkungen burch Beitablauf nicht unterlagen und nicht geltend gemacht wurden, weil man früher einen berartigen Berluft bes Rechts nicht hatte. Inbeffen, es ift zu betonen, daß es für unsere vorliegende Frage an einer ausbrüdlichen Ausnahmebeftimmung fehlt, baf aber als Bringip gang besonbers vorgeschrieben ift, daß die Scheibung von Intrafttreten bes B.G.B. an nach beffen Borfchriften erfolgt. Wenn man auf ber einen Seite materielle Rlagerechte beshalb nimmt, weil bas Gefet berartige Scheibungsgrunde verwirft, ift auf ber anbern Seite nicht einzu= feben, warum man nicht die mehr formale Bestimmung des § 1571 von ber sechsmonatigen Frist auch sofort anwenden soll. — Kann man vom 1. Januar 1900 ab wegen bes im Laufe bes Jahres 1899 eingetretenen unverschuldeten Unvermögens jur Leiftung ber ehelichen Pflicht nicht mehr vorgeben, so ist es nur konfequent, wenn man 3. B. wegen Chebruchs, ber am 1. Mai 1899 vorgefallen ift, bie Rlage am 1. Sanuar 1900 verloren hat, weil bas neue Gefet neue Friften mit Rudwirtung giebt. Ich entscheibe mich beshalb bafür, baß für alle vom 1. Januar 1899 ab anzustellenben Rlagen bie sechsmonatige Frist von ber Kenninis und bie zehnjährige ohne Rudficht auf die Renntnis innegehalten fein muß, wenn nicht bie Rlage abgewiesen werben foll.

Bei ben, vor bem 1. Januar 1900 erhobenen Klagen kommt es dagegen nur darauf an, ob die bisherigen Fristen in richtiger Beise unterbrochen worden sind, denn die Sinführung der Präklusivsfristen beruht auf dem Grundsat, daß Verzeihung präsumiert ist, wenn in der Frist nicht geklagt ist. Durch die Klageerhebung oder gleichliegende Handlungen wird diese Vermutung entkräftet, ist das Klagerecht gewahrt, wird es von der Frist des B.G.B. nicht mehr erfaßt.

Die neue Bestimmung des B.G.B. daß bei Ausbebung der häuslichen Gemeinschaft die Frist nicht abläuft, wird, vom 1. Januar 1900 ab, bei allen noch nicht erloschenen Präklusiv= fristen zur Anwendung zu bringen sein. — Wo aber die Frist schon beendet war, wenn z. B. im preußischen Recht ein Jahr ver=gangen war, kann die neue Vorschrift des B.G.B. das einmal erloschene Klagerecht nicht wieder zum Leben erwecken.

Was endlich die Vorschrift anlangt, daß nach Unterbrechung durch den Sühneversuch binnen drei Monaten geklagt werden muß, so wird zu beachten sein, daß die Unterbrechung, wenn vor dem 1. Januar 1900 geschehen, in der Weise als wirksam erfolgt an=

gesehen werben muß, in welcher nach bem bisherigen Gesetz bie Unterbrechung statthaft war. Dagegen muß man berücksichtigen, daß vom 1. Januar 1900 ab jede Unterbrechung mittelst bes Sühneversuchs hinfällig wird, wenn nicht innerhalb drei Monaten geklagt wird. Man wird dies so anzuwenden haben, daß spätestens dis 31. März, sosen vor dem 1. Januar 1900 eine Unterbrechung mittelst Sühnversuchs stattgehabt hat, die Klage anzustellen ist.

Der Zustand, wie ihn die Übergangsvorschriften sur die Fristen schaffen, ist, wie man aus dieser Darlegung sieht, ein unerquicklicher; niemand kann sagen, welche Ansicht schließlich von der höchsten Instanz für die maßgebende erklärt wird. Die von mir vertretene Auffassung ist die strengste. Schließt man sich dieser an, so wird man darauf zu sehen haben, daß man für alle Versehlungen vor dem 1. Juli 1899 noch unter dem alten Geset Unterdrechungsmaßregeln ergreift und daß man auch bei den Fällen aus der zweiten Hälfte des Jahres 1899 schleunigst gerichtliche Schritte erzgreift. Auch wer sich einer der andern Auffassungen anzuschließen geneigt ist, dürfte aus Vorsicht bemüht sein, die sechsmonatige Frist zu beachten, da bei der Ungewißheit über den Gang der Rechtsprechung er dann auf alle Fälle das Klagerecht behalten hat.

XIV.

3ch habe jum Schluß nur noch einige kleine Punkte jur Ersgänzung zu berühren:

Die Bestimmung bes Artikel 17 des Sinführungsgesetzes, wonach der Ausländer nur nach seinem Recht geschieden werden kann, tritt auch am 1. Januar 1900 in Kraft; also auch bei schwebenden Prozessen wird das Gericht, wenn es annimmt, daß der Kläger Ausländer sein könne, den Nachweis der Nationalität fordern.

Sollte sich bann herausstellen, daß beibe Sheleute Ausländer sind, so ist gemäß § 606 Abs. 4 der neuen Prozesordnung die Zuständigkeit zu prüfen, denn nach dieser Bestimmung ist, wenn beibe Shegatten Ausländer sind, das hiesige Gericht nur dann zuständig, wenn auch die ausländischen Gesetze des Shemanns die Zuständigkeit aussprechen.

Endlich, und damit schließe ich meine Ausführungen, wird der Anwalt darauf zu achten haben, daß er sich für die am 1. Januar 1900 schwebenden Shescheidungsprozesse eine schristliche Bollmacht geben läßt und diese einreicht, denn nach § 613 der neuen Prozesordnung, hat das Gericht den Mangel der Lollmacht von Amtswegen zu prüfen.

Berrofe & Biemfen, Grafenhainichen.

Das Reichsgesetz

betreffend

die Gesellschaft mit beschränkter Saftung nom 20. April 1892 neblt einem Anfang,

enthaltend

1. das preußische Geset

betr. die Rosten für die in Folge des Reichsgesetes vom 20. April 1892 bei der Führung des handelsregisters vortommenden Geschäfte vom 12. Juni 1892.

2. einen Entwurf eines Gesellschaftsvertrages.

Erläutert von

B. Birkenbihl.

Gerichts=Affeffor.

VIII u. 413 S. gr. 80. Geh. Mf. 8,-, geb. Mf. 9,-. 1893.

"... Birtenbihls Werk liefert einen auf breiter Grundlage an-

gelegten vollständigen Kommentar zum Gesetze.
Daß große wissenschaftliche Auseinandersetzungen vermieden werden, ist kein Borwurf, den wir erheben. Das Werk bietet des Wissenschaftlichen genug, indem es alle nur denkbaren Zwesselleskragen unter Heranziehung alles bissherigen wissenschaftlichen Materials in kurzen Zügen erörtert. Insbesonder ift dies bei dem innigen Busammenhange der Gesetzesvorschriften mit den aktienrechtlichen Bestimmungen anzuerkennen, daß die Ergebnisse der aktien-rechtlichen Litteratur und Judikultur umsassend verwertet sind. Wer sich ein Bild von der Art der Birken bihlschen Kommentierung

machen will, lese beispielsweise die Erläuterung jum § 43 (S. 220—229) nach, welcher die Bilanzvorschriften des Gesetzes enthält.

Der Berfasser formuliert die Fragen präcis, beantwortet sie turz und treffend und versehlt dabei nicht, die bisher laut gewordenen Stimmen für und wider zu citieren. Das Buch tann feiner gangen Anlage nach beftens empfohlen werden."

(R.=A. Dr. Stanb i. d. 3. f. G. 1893.

Schliedmann — Die Gesellschaft mit beschränkter haftung.

Darftellung biefer Gefellichaft zum Gebrauche in der Bragis. Bon Schliedmann, Weh. Juftigrat. 1895. IV u. 44 G. 80. Weh. 1 Mf.

Blätter

fiir

Rechtspflege

im

Bezirk des Kammergerichts.

Organ für die Veröffentlichungen der Anwaltskammer.

Herausgegeben von

Dr. Perl,

und **Ludwig Wreschner** I, Rechtsanwalt beim Landacricht I in Berlin.

Rechtsanwalt beim Kammergericht.

Die "Blätter für Rechtspflege" veröffentlichen Urtheile und Be schlüsse des Kammergerichts und seiner Instanzgerichte und erscheinen seit 1890 zu Beginn jeden Monats im Umfange von je 1 bis $1^1/_2$ Druckbogen, Bestellungen übernimmt jede Buchshandlung und Postanstalt.

==== Preis: 4 Mark jährlich. =====

Der Jahrgang 1891 kostet Mk. 3,—. Der Jahrgang 1890 ift vergriffen.

Berrofé & Ziemfen, Grafenhainichen.





